URGENT ACTION

SIEBEN MÄNNER IN CAUCA GETÖTET

KOLUMBIEN

UA-Nr: UA-128/2018 Al-Index: AMR 23/8744/2018 Datum: 6. Juli 2018 - mr

SIEBEN NICHT IDENTIFIZIERTE MÄNNER

Sieben männliche Leichen wurden übereinander liegend auf einer Straße in der Gemeinde Argelia im Departamento Cauca aufgefunden. Zurzeit werden die Männer von den Behörden identifiziert, da sie wahrscheinlich nicht aus der Gemeinde stammen. In den vergangenen Wochen hatten paramilitärische Gruppen Flugblätter verteilt, in denen sie drohten, bestimmte Gruppen von Menschen zu töten.

In den frühen Morgenstunden des 3. Juli fanden Einwohner_innen der ländlichen Gemeinde Argelia im Südwesten Kolumbiens die Leichen von sieben Männern auf einer Verbindungsstraße zwischen den Dörfern La Belleza und Sinaí. Die Getöteten sollen aus nächster Nähe erschossen worden sein und deutliche Spuren von Folter und anderen Misshandlungen aufgewiesen haben. Am 5. Juli konnten die Behörden fünf der sieben Leichen identifizieren, zwei von ihnen waren registrierte ehemalige Kämpfer der demobilisierten Guerrillagruppe FARC (Revolutionäre Streitkräfte von Kolumbien).

Amnesty International hat von der Organisation AFRODES, die sich für vertriebene Afrokolumbianer_innen einsetzt, Berichte erhalten, dass die als *Comando Popular de Limpieza* und *Autodefensas Gaitanistas de Colombia* (ACG) bekannten paramilitärischen Gruppen in den vergangenen Wochen Flugblätter verteilt haben, in denen beide Gruppen ankündigen, dass sie Diebe, Vergewaltiger und geschwätzige Personen "eliminieren" werden und Menschen von außerhalb der Gemeinde zu "militärischen Zielen" erklären.

Die Menschen in Argelia sind verängstigt, da dies eine Ankündigung weiterer Gewaltakte sein könnte. Die Bevölkerung von Argelia berichtete über die Anwesenheit verschiedener bewaffneter Gruppen in der Gegend, darunter die Nationale Befreiungsarmee (Ejército De Liberación Nacional – ELN), die FARC, Dissident_innengruppen, die nicht Teil des Friedensabkommens sind, paramilitärische Gruppen und kriminelle Banden, die vermutlich am Drogenschmuggel beteiligt sind. Die Gemeinde Argelia liegt auf einer Drogenschmuggelroute.

HINTERGRUNDINFORMATIONEN

Die Verhandlungen zwischen der Guerillagruppe FARC und der kolumbianischen Regierung begannen formell im Oktober 2012 und hatten zum Ziel, den seit über 50 Jahren währenden internen bewaffneten Konflikt zu beenden. Die erste Fassung des Friedensabkommens wurde am 26. September 2016 von den beteiligten Parteien unterzeichnet und am 2. Oktober 2016 gab es dazu ein Referendum. Im Referendum wurde das Abkommen abgelehnt. Dies zog die Fortführung der Friedensgespräche in Zweifel und warf Fragen darüber auf, wie ein Gleichgewicht zwischen dem notwendigen Friedensabkommen und Kolumbiens internationalen Verpflichtungen hinsichtlich Gerechtigkeit und Rechte der Opfer gefunden werden könnte. Am 24. November 2016 wurde eine Neufassung des Friedensabkommens unterzeichnet, die am 1. Dezember 2016 im Kongress von einer Mehrheit akzeptiert wurde.

Amnesty International hat bei mehreren Gelegenheiten darauf hingewiesen, dass eine wirksame Umsetzung des Friedensabkommens in historisch von Gewalt betroffenen Territorien zur Vermeidung einer Wiederholung solcher Verbrechen beitragen könnte. In einigen Departamentos, darunter Chocó, Cauca, Antioquia und Norte de Santander, kommt es nach wie vor zu Völkerrechtsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen, darunter die Ermordung von Angehörigen afrokolumbianischer und indigener Gemeinschaften, die Vertreibung ganzer Kollektive, die unfreiwillige Begrenzung von Gemeinschaften auf bestimmte Bereiche des Landes, die Zwangsrekrutierung von Kindern für bewaffnete Gruppen sowie sexualisierte Gewalt und der Einsatz von Antipersonenminen.

AMNESTY INTERNATIONAL Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V.

Urgent Actions

Zinnowitzer Straße 8.10115 Berlin

T:+49 30 420248-0 . F:+49 30 420248-321. E: ua-de@amnesty.de . W: www.amnesty.de/ua

SPENDENKONTO 80 90 100 . Bank für Sozialwirtschaft . BLZ 370 205 00 BIC: BFSWDE33XXX . IBAN: DE2337020500008090100

AMNESTY



Seit der Unterzeichnung des Friedensabkommens hat sich der bewaffnete Konflikt aufgrund der Auseinandersetzungen zwischen Guerillakräften der Nationalen Befreiungsarmee ELN, paramilitärischen Gruppen und Sicherheitskräften in einigen Gegenden verstärkt. Alle diese Gruppen versuchen, das von der FARC hinterlassene Machtvakuum zu füllen.

Die Gemeinde Argelia in Cauca war während des bewaffneten Konflikts in Kolumbien Schauplatz vieler Gewaltakte. 2015, einen Tag nachdem die Menschen von Argelia Zusammenstöße mit der Armee hatten – die mit einem Toten und drei Verletzten endeten – wurden drei Polizist_innen durch eine Bombe der FARC getötet. Es kommt immer wieder zu Auseinandersetzungen zwischen der Gemeinde und Sicherheitskräften, bei denen es in der Regel um Operationen zur Vernichtung von Kokablättern geht; in der Gemeinde wird sehr viel Koka angebaut. Seit 2015 gibt es Berichte über die Anwesenheit paramilitärischer Gruppen im Departamento de Cauca, die die Einwohner_innen in Angst versetzen und die Sprecher_innen der Gemeinschaften bedrohen. Die Ombudsperson hat bei zahlreichen Gelegenheiten warnend darauf hingewiesen, dass diese Gemeinschaft sehr angreifbar ist. Trotz der Warnungen reagiert der kolumbianische Staat bislang weder umfassend noch zeitgerecht und die Bewohner_innen fühlen sich von den vielen bewaffneten Gruppen, die nun um die Vorherrschaft in diesem Territorium kämpfen, bedroht.

Vor nur einem Jahr wurden in der Gemeinde Bolivar, ebenfalls in Cauca, sechs Leichen unter ähnlichen Umständen aufgefunden, deren Ermordung vermeintlich mit dem Drogenschmuggel in Verbindung stand. Die Leichen lagen ebenfalls übereinander und wiesen Wunden durch aus nächster Nähe abgefeuerte Schüsse auf. Die Ermittlungen haben bislang noch nicht dazu geführt, dass die Täter zur Verantwortung gezogen wurden. Ein solches Zeugnis der Straffreiheit bei dieser Art von Verbrechen in der Region Cauca spricht für sich.

SCHREIBEN SIE BITTE

E-MAILS ODER LUFTPOSTBRIEFE MIT FOLGENDEN FORDERUNGEN

- Bitte ordnen Sie eine umfassende und unparteiische Untersuchung der Tötung der sieben in Argelia in Cauca gefundenen Männer an.
- Lösen Sie bitte die paramilitärischen Gruppen auf und zwar in Übereinstimmung mit den ausdrücklichen Verpflichtungen der Regierung sowie den Empfehlungen internationaler Gremien und denen von Amnesty International.
- Bitte schützen Sie die Gemeinschaft und stellen Sie dabei sicher, dass es keine Wiederholung der Gewaltakte gibt und die Menschenrechte der Gemeinschaft geachtet werden.

APPELLE AN PRÄSIDENT

Señor Juan Manuel Santos Presidente de la República Palacio de Nariño, Carrera 8 No.7-26 Bogotá, KOLUMBIEN

(Anrede: Dear President Santos / Excmo. Sr. Presidente Santos /

Sehr geehrter Herr Präsident Santos) **E-Mail: contacto@presidencia.gov.co**

GENERALSTAATSANWALTSCHAFT

Nestor Humberto Martínez Fiscal General de Colombia Diagonal 22B No. 52-01, Bogotá D.C., KOLUMBIEN (Anrede: Dear General Prosecutor / Estimado Señor Fiscal / Sehr geehrter Herr Generalstaatsanwalt)

E-Mail: despacho.fiscal@fiscalia.gov.co

KOPIEN AN Ombudsperson

Carrera 9 Núm.16 – 21 Bogotá D. C., KOLUMBIEN

E-Mail: asuntosdefensor@defensoria.gov.co

BOTSCHAFT DER REPUBLIK KOLUMBIEN

I. E. Frau María Elvira Pombo Holguin Taubenstr. 23 10117 Berlin

Fax: 030-2639 6125

E-Mail: ealemania@cancilleria.gov.co

Bitte schreiben Sie Ihre Appelle **möglichst sofort**. Schreiben Sie in gutem Englisch, Spanisch oder auf Deutsch. Da Informationen in Urgent Actions schnell an Aktualität verlieren können, bitten wir Sie, nach dem **17. August 2018** keine Appelle mehr zu verschicken.

PLEASE WRITE IMMEDIATELY

- Order a prompt, thorough and impartial investigation into the killing of the seven people found in Argelia, Cauca.
- Dismantle paramilitary groups, in accordance with the government's express commitments and with recommendations made by international bodies and recommendations from Amnesty International.
- Provide protection to the community, ensuring that acts of violence are not repeated and that their human rights are respected.





${\bf HINTERGRUNDINFORMATIONEN-FORTSETZUNG}$

In den vergangenen zwei Monaten sind mindestens zehn Menschenrechtsverteidiger_innen, die augenscheinlich den Wahlkampf des Präsidentschaftskandidaten Gustavo Petro unterstützten, getötet worden. Die paramilitärische Gruppe Autodefensas Gaitanistas de Colombia (AGC) hat ein Flugblatt in Umlauf gebracht, in dem sie droht, Unterstützer_innen von Gustavo Petro, den eine überwältigende Mehrheit der Bevölkerung von Argelia bei den letzten Präsidentschaftswahlen unterstützte, zu töten.



